Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 8, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vorgänge oder nach Heiltagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die richtige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche zuverlässige Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

G. H. Rehfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/28 Altst. König-Johannstr. 15.
Schutz-Marke Fabrik v. Contobüchern

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 12.

N. Salm, Spezial-Fabrik geprägter Siegel-Marken
Planen b. Dresden, Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluß 1141)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel und Gravir-Arbeiten jeder Art.

Eing. Schutzm. Carl Tiedemann, Hoflief. Etablirt 1833.

Bester Fussbodenanstrich ist Tiedemann's Bernsteinöllack mit Farbe, über Nacht trocknend, nicht klebend.
Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 19, Zwickauerstr. 40. Neust.: Heinrichstr. (Stadt Görlitz).

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 321.
Ausführliche Preislisten versende frei. Gewähr für reine Naturweine.

„Invalidendank". Annoncen-Vermittelung für die „Dresdner Nachrichten", den „Dresdner Anzeiger", sowie für alle anderen Zeitungen. Offertbriefe gratis. „Invalidendank".

Nr. 180. Spiegel: Militärvorlage und der Kriegsminister. Deutsch-englisches Abkommen. Hofnachrichten. Streikfanatismus. Schandthaten Peger's, Ruderregatta, Innungstag, Leipzig, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Stanley's „Im dunkelsten Afrika". | Sonntag, 29. Juni.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Als Generalfeldmarschall Steinmetz trotz seiner Siege im August 1870 als Gouverneur nach Posen versetzt wurde, war das Erstaunen groß. An die Steinmetz'sche Strafversetzung erinnert der als sicher gemeldete Rücktritt des preußischen Kriegsministers v. Verdy. Kaum, daß er die Militärvorlage im Reichstage durchgebracht hat, so muß er aus dem Amte scheiden. Sonst werden doch Generale abgesetzt und Minister stürzen doch sonst, wenn sie eine Schlacht verloren oder eine Vorlage im Parlamente nicht durchgebracht haben; hier ist das Umgekehrte der Fall. So allerdings hätte Steinmetz im August 1870 nicht siegen, so hätte Kriegsminister v. Verdy jetzt nicht die Militärvorlage durchsetzen dürfen, wie sie thaten — darin liegt's. Herr v. Verdy hat die Militärvorlage auf's Aeußerste gefährdet gehabt; sie war auf dem besten Wege, glatt durchzugehen, sie wäre nahezu einstimmig vom Reichstage angenommen worden, wenn er nicht im Mai die bekannte Aeußerung gethan hätte: er arbeite militärische Organisationspläne, für ein Menschenalter berechnet, aus. Seitdem wendete sich das Blättchen. Die Freisinnigen und die Volkspartei, die bis dahin eine wohlwollende Stimmung der Militärvorlage entgegengebracht hatten (denn auch sie gaben die Nothwendigkeit zu, der überlegenen Artillerie der Franzosen eine ebenbürtige deutsche entgegenzustellen), bemächtigten sich der Verdy'schen Aeußerung und beuteten sie während der Pfingstferien aus. So viele Uebertreibungen dabei mit unterliefen — solche weltaussehende, kostspielige Zukunftspläne wirkten beunruhigend. An diese Wirkung seiner Aeußerung hatte Herr v. Verdy nicht gedacht. Auch das Centrum konnte sich der bedenklichen Wirkung dieser Aeußerung nicht entziehen. Ursprünglich war es die Absicht Windthorst's gewesen, die Zustimmung zu der Militärvorlage als Morgengabe dem neuen Reichskanzler darzubringen. Jetzt ging dies nicht mehr. Jeder einsichtsvolle Mann mußte sich ja sagen, daß solche ausschweifende Pläne, wie der: alle waffenfähigen Männer auszuheben und drei Jahre unter der Fahne zu halten, nur zum finanziellen und volkswirthschaftlichen Zusammenbruche führen müssen. Diesen Zukunftsplänen schob also der Reichstag auf Windthorst's Rath einen starken Riegel vor. Damit nun die Verdy'schen Aeußerungen die Militärvorlage nicht zum Scheitern brächten, mußte der Reichskanzler v. Caprivi einspringen. Er erklärte offen: er kenne überhaupt diese Verdy'schen Pläne nicht und er pflege sich nur über solche Gedanken zu äußern, welche sich die Regierungen zu eigen gemacht haben. Er behandelte die Verdy'schen Pläne als gelegentliche Privateinfälle. Damit war der Kriegsminister bloßgestellt. Dieser selbst beeilte sich außerdem, seine Aeußerungen möglichst abzuschwächen. Er erwähnte, daß wohl Keiner der Anwesenden ihre Verwirklichung erleben würde und dergl. Der Schade war aber nun einmal geschehen. Da Herr v. Verdy aber überflüssigerweise Beunruhigung erzeugt und es verhindert hat, daß der Reichstag in einmüthiger Erhebung dem Auslande das imposante Schauspiel patriotischen Aufschwunges gegeben hat, so kommt er, wie es scheint, jetzt zu Fall.

Der Reichskanzler gab die bündige Versicherung, daß nicht daran gedacht wird, alle Ersatzreservisten auszubilden. Das ist ein großer Gewinn. Nicht minder bekannte sich der Reichskanzler zu dem bewährten Grundsatze, daß man mehr Gewicht auf gute und tüchtig ausgebildete, als auf möglichst viele Truppen legen solle. Auch Dem ist beizustimmen. Es ist wichtiger, den inneren Werth der Truppen zu stärken; bei der heutigen Kampfesweise wird eine gründlich durchgebildete Elitetruppe selbst größeren Massen, die nur durch eine Schnelldressur und obenhin gebildet sind, sich mit Erfolg entgegenwerfen können. Ein durchgebildeter Mann ist im Ernstgefechte mehr werth, als ein halb Dutzend schnellgezüchteter Ersatzreservler. Die Forderung der zweijährigen Dienstzeit ist freilich volksthümlich. Sie ist auch entschieden anzustreben. Zu verschweigen aber ist nicht, daß ihre Durchführung sehr kostspielig ausfallen müßte. Wenn man hört, daß sie eine jährliche Mehrausgabe von 40 Millionen verursacht, so verblaßt der volksthümliche Glanz denn doch recht merklich. Ohnehin ist es Allen, auch den Befürwortern der Vorlage, blutsauer gefallen, die neuen Opfer aufzuerlegen. Nur die Erkenntniß der inneren Berechtigung der Militärforderung angesichts dessen, wie Russen und Franzosen rüsten, nöthigte zur Zustimmung. Beschämend für die Deutschfreisinnigen ist es, daß die Polen erklärten, zur Sicherheit des Deutschen Reichs für die Verstärkung der Wehrkraft stimmen zu müssen. Das Gleiche thaten zwei Elsäßer: Dr. Petri und Zorn v. Bulach. Der deutsche Freisinn aber versagte dem Reiche das Nothwendige und mit ihm stimmten die Sozialdemokraten, die süddeutsche Volkspartei und 20 bayrisch-badische Klerikale. Wenn man sich des Jubels entsinnt, mit welchem im Juli 1870 in Süddeutschland die am Rhein erscheinenden norddeutschen Armeekorps empfangen wurden, welche die Franzosen verhinderten, den Kriegsschauplatz nach Süddeutschland herüberzuspielen, so ist der Widerstand der süddeutschen Abgeordneten gegen die jetzige Vorlage zum Schutze der Grenzen Deutschlands ein starkes Stück. Die Süddeutschen fühlen sich jetzt ungleich sicherer, als 1870; sie glauben, daß ihre Fluren nicht mehr so leicht Schlachtfelder abgeben können (nach vielfach verbreiteter Annahme wollen ja die Franzosen von der See her Armeekorps nach Deutschland werfen) und so sträuben sie sich gegen die Verstärkung der Wehrkraft Gesammt-Deutschlands. Anders die Vertreter von Norddeutschland. Sie übernehmen in patriotischer Entschlossenheit die neuen Lasten, obwohl es den Bewohnern dieser von der Natur weit ungünstiger bedachten Theile des Reiches schwerer fällt, sie zu tragen, als dem gesegneten Süden. Bei künftigen Steuerfragen wird man sich dieses Gegensatzes in Opferwilligkeit zwischen Süd und Nord erinnern und den unpatriotischen Süden nicht mehr so wie bisher begünstigen. Einer Vermehrung der Steuerlast als Folge der Militärvorlage bedarf es zunächst nicht; aus den reichen Erträgnissen der Vorjahre sind die Mittel vorhanden, die Mehrausgaben auch so zu bestreiten.

Eine günstige Folge hat die Annahme der Militärvorlage unbedingt: es kommt nicht zu einer Kraftprobe zwischen Reichsregierung und Reichstag. In Frieden können sich Beide den inneren Aufgaben zuwenden. Das Gesetz über die Gewerbegerichte wird nun endlich zu Stande kommen. Keine Partei sieht ihre Anschauungen vollständig darin verwirklicht. Das Gesetz beruht auf gegenseitigen Zugeständnissen im Einzelnen, die nothwendig sind, um das erwünschte Ganze zu erreichen. Daß die Sozialdemokraten dem Friedenswerke ihre Zustimmung versagen würden, war vorauszusehen. Sie hatten ein Bündel von Anträgen eingebracht und machten von der Gewährung jeder einzelnen Forderung ihre Zustimmung zum Gesetze selbst abhängig. Da der Reichstag ihnen nicht den Willen that, so stimmen sie nun überhaupt gegen das Gesetz. Von Mißtrauen gegen die Arbeiter hat sich der Reichstag nicht leiten lassen; aber aus naheliegenden Gründen konnte er sich nicht entschließen, schon den jungen Arbeitern von 21 Jahren und den Frauen und Mädchen überhaupt das Wahlrecht zu den Gewerbeschiedsgerichten zu verleihen. Zu letzterem Schritte ist, bei aller Werthschätzung der Fähigkeiten des weiblichen Geschlechts, doch unser Zeitalter noch nicht reif genug. Sind doch beim Bundesrathe Zuschriften von Arbeiterinnen selbst eingelaufen, die sich dafür bedanken, in die Strudel der Wahlagitation hineingerissen zu werden.

Der Unwille, mit welchem in Deutschland alle jene Kolonialfreunde, die nicht nach der Berliner Pfeife tanzen, sondern sich die Selbstständigkeit ihres freien Urtheiles bewahren wollen, das deutsch-englische Abkommen aufgenommen haben, trug bereits ihre gute Frucht. England überläßt uns die Insel Mafia. Sie ist die südlichste der drei Inseln, die vor der deutsch-ostafrikanischen Küste liegen, ist kleiner und weit weniger werthvoll als Sansibar und Pemba, aber sie ist doch wenigstens Etwas. Wir wollen dieses Entgegenkommen Englands in dem freundlichen Sinne, in dem es gemeint ist, aufnehmen. Die englische Regierung hat denn doch die Empfindung, daß in dem bisherigen Abkommen der Vortheil gar zu sehr auf Seiten Englands war und sie will die Entrüstung Deutschlands durch Zugabe des Mafiakrocheus zu dem mageren deutschen Gerichte beschwichtigen. Etwas hat also das Aufbäumen der deutschen Entrüstung doch erreicht. Auch erkennen wir es mit Genugthuung an, daß England, sobald Helgoland in unseren Besitz übergegangen ist, auf jede Einmischung in die Verwaltung dort verzichtet hat.

England selbst unterhandelt fortgesetzt mit Frankreich wegen seines Abkommens mit Deutschland. Frankreich will für die Stellung Sansibars unter englische Schutzherrschaft, wogegen es ein Einspruchsrecht erheben kann, von England die Abtretung der Neuhebriden und andere politische Vortheile einheimsen. Doch nehmen die englisch-französischen Verhandlungen einen schleppenden Verlauf.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 28. Juni.

Berlin. Reichstag. Staatssekretär v. Bötticher begründet die Vorlage auf Vertagung des Reichstages vom 8. Juli bis 18. November d. J. Es sei ausgeschlossen, daß der Reichstag in diesem Sommer noch die wichtige Novelle zur Gewerbeordnung (Arbeiterschutz) erledige; andererseits sei es dringend wünschenswerth, daß die Vorarbeiten der Kommission nicht verloren gehen. Einen vom Grafen Ballestrem eingebrachten Antrag, wonach die Arbeiterschutzkommission bereits vom 4. November d. J. ab zusammenzutreten ermächtigt sein soll, begrüße er, da es sehr erwünscht sei, daß das Gesetz noch vor dem 1. Januar 1891 verabschiedet werde; anderenfalls würde das Gesetz nicht zu dem in Aussicht genommenen Termin in Kraft gesetzt werden können. Graf Ballestrem befürwortet seinen, vom gesammten Centrum unterstützten Antrag und vertheidigt denselben gegen etwaige formelle Bedenken. Richter hält das vorgeschlagene Verfahren als der Verfassung und der Geschäftsordnung gegenüber nicht für korrekt. Man würde besser thun, den Reichstag formell nur bis zum 4. November zu vertagen, um nicht einen unter Umständen bedenklichen Präzedenzfall zu schaffen. v. Bennigsen (natlib.): Für den Reichstag handele es sich um eine Erleichterung; da die Regierung keinen Einspruch erhebe, bestehe für den Reichstag erst recht kein Grund, Bedenken zu hegen. Staatssekretär v. Bötticher: Die Regierung sei nicht in der Lage, dem Reichstag in Aussicht zu stellen, daß bis zum 4. November genügend Material für die Berathungen vorbereitet sein werde; dann werde man aber auch auf ein beschlußfähiges Haus nicht zählen können. Nachdem sich noch v. Unruh-Bomst (Reichsp.), Singer (Sozdem.) und Dr. Windthorst für den Antrag Ballestrem ausgesprochen, wird derselbe gegen die Stimme Richters angenommen. Damit ist die Vertagung bis zum 18. Nov. genehmigt und gleichzeitig die Arbeiterschutzkommission ermächtigt, 14 Tage vorher zur Fortführung ihrer Arbeiten zusammenzutreten. Es folgt 3. Berathung des Gesetzentwurfes, betr. die Friedenspräsenzstärke des Heeres. Dr. Reichensperger (Ctr.) befürwortet die Vorlage. Möge sich nie ein Reichstag finden, der nothwendige Forderungen zur Vertheidigung des Vaterlandes verweigere und nie möge das Beispiel wiederkehren, das in früherer Zeit selbst deutsche Fürsten gaben, indem sie dem Reiche ihren Beistand selbst dann versagten, da der Feind schon auf deutschem Boden stand. Im vorliegenden Falle handle es sich um nothwendige Forderungen. Hoffentlich komme aber die Zeit, da die europäischen Staaten ihr Heil in einer allgemeinen Abrüstung erblicken würden. Wenn nicht auf Aller Munde, so doch in Aller Herzen sei dieser Wunsch. Es wäre ein Selbstmord der europäischen Civilisation, wenn es nicht dazu käme. Rickert (frs.): Unter dem neuen Reichskanzler sei ein besserer Ton aufgekommen; leider habe v. Kardorff in seiner Polemik gegen die Freisinnigen diesen Ton vermissen lassen. Er und mehrere seiner Freunde hätten sehr gern für die Vorlage gestimmt, wenn ihnen nur irgend welche Konzessionen gemacht worden wären — aber nichts, rein gar nichts! Dem Kriegsminister gebühre für seine Enthüllungen über die Zukunftspläne nur Dank und ebenso dem Reichskanzler, der sich seinen Antheil an den gemachten Mittheilungen wohl nicht werde nehmen lassen. Wie die Dinge liegen, seien noch für den Herbst neue Steuervorlagen zu erwarten; für dieselben wolle er sich jetzt nicht binden. Staatssekretär Freiherr v. Maltzahn: Er habe für diese Session keine Steuervorlage angekündigt, sondern nur erklärt, daß in Zukunft hauptsächlich in Folge der Alters- und Invaliditätsversicherung wahrscheinlich neue Steuereinnahmen nöthig werden würden. Frhr. v. Frieſen (kons.): Die letzte Konsequenz des Hasses, des Mißtrauens und der Unzufriedenheit, die von gewissen Parteien stetig genähret würde, sei der Krieg. So lange dieser Haß, dieses Mißtrauen und diese Unzufriedenheit dauern, werde auch die Kriegsgefahr bestehen und so lange müßten wir uns auch wehrkräftig erhalten und uns rüsten. Deutschland dürfe nie zum Versuchsfelde jener auf die Erzeugung der Unzufriedenheit gerichteten Bestrebungen gemacht werden. Jede prinzipielle Opposition gegen diese Vorlage schwäche nur das Reich. Nicht zum Wenigsten sei es auf die Opposition gegen die Kolonialpolitik zurückzuführen, daß Deutschland sich mit Helgoland begnügen müsse; anderen Falls hätte es mehr erreichen können. Die Nothwendigkeit der Vorlage sei überzeugend nachgewiesen. Ihre einhellige Bewilligung sei daher Pflicht des Reichstages. (Lebhafter Beifall rechts.) Liebermann v. Sonnenberg (Antis.): Die Ausführungen der vereinigten Linken seien Schwarzmalerei in jüdischer Manier gewesen. Das Militär sei keine unproduktive Anlage, kein Moloch, der den Wohlstand der Nation verschlinge. Das Heerwesen schaffe zahlreiche Arbeitsgelegenheiten, verbreite Bildung und Ordnungsliebe. Ueber innere Angelegenheiten der Armee könne ja auch ein Nichtmilitär ganz gut sprechen, aber das Endurtheil werde man doch dem Soldaten vorbehalten müssen. Die 2jährige Dienstzeit sei undurchführbar. Eher sollte man daran denken, das Privilegium der Einjährig-Freiwilligen aufzuheben und diese Leute in 2 Jahren besser für ihre künftige Carriere als Reserveoffiziere auszubilden. Mehr als die Armee, sei die Post ein Moloch, der ungezählte Millionen verschlinge und wenig wieder herausgebe. Selbst die Ausbildung aller waffenfähigen Männer würden wir mit einer guten Finanzreform durchführen können. Man müsse die Börse nur kräftig besteuern. Diese sei heute eine beständige Kriegsgefahr. Freiherr v. Münch (Reichsp.) befürwortet die Vorlage, welche darauf im Einzelnen und in der Gesammtabstimmung angenommen wird. Ebenso wird die Vorlage über die Gewerbegerichte in der Schlußabstimmung angenommen. — Es folgt die erste Berathung des Nachtragsetats, betr. die durch die Militär-Vorlage nothwendig gewordenen Ausgaben. Richter (frs.) vermißt in der Vorlage eine Berücksichtigung der Ersparnisse in Folge der 600 Dispositionsurlauber, welche mehr entlassen werden sollen. Die Vorlage geht an die Budgetkommission. — Es folgt 2. Berathung des Nachtragsetats über die Beamten-Gehaltserhöhungen. v. Benda (natlib.) hofft, daß durch die Vorlage Zufriedenheit in den betheiligten Beamtenkreisen geschaffen werde. Die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen decken sich wesentlich mit der vom preußischen Landtag beschlossenen Vermehrung der etatmäßigen Stellen und Einführung der Dienstalterstufe. Staatssekretär v. Maltzahn bedauert, daß das Haus hinter seiner vorjährigen Resolution zurückgeblieben sei und nicht auch alle mittleren Beamten berücksichtigt habe. Kriegsminister v. Verdy bittet nochmals um Bewilligung der Verbesserungen der Offiziersgehälter. Die Erhöhung der Gehälter der Premierlieutenants sei namentlich ohne Grund gestrichen worden. Dr. Windthorst: Es fehle dazu an den nöthigen Mitteln. Lediglich deshalb würden diese Erhöhungen nicht bewilligt. Die Erhöhung der Offiziersgehälter wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt, die Vorlage darauf bis zu den die Diätarien und Unterbeamten betreffenden Titeln genehmigt. Weiterberathung Montag.

Berlin. Der Kaiser ist Nachmittags im Hafen von Helsingör eingetroffen und vom König von Dänemark herzlich begrüßt worden. Die Straße von Helsingör bis Schloß Fredensborg prangt in reichem Festschmuck. Der Kaiser bleibt bis Montag in Fredensborg und schifft sich darauf nach Christiania ein. Wegen im Schloß Kronberg vorgekommener Typhusfälle wird der in Aussicht genommene Besuch des Kaisers dortselbst unterbleiben. Die Ankunft in Christiania wird Dienstag Nachmittags gegen 5 Uhr erwartet. In Christiania verbleibt der Kaiser bis zum 5. Juli, von dort begiebt er sich nach Bergen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Marschall begleitet den Kaiser durch Norwegen. — Der Kaiser hat angeordnet, daß der Kronprinz und Prinz Eitel Fritz im Kadettenkorps erzogen werden.

Berlin. Beim heutigen Wismann-Commers wird Staatssekretär v. Bötticher den Toast auf den Kaiser, Reichstagspräsident v. Levetzow den auf Wißmann ausbringen. — Der „Reichsanz." erklärt die Vermuthung, daß mit der Verwirklichung des deutsch-englischen Abkommens die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft geschädigt werde, für unzutreffend und sagt: Der Gesellschaft wird die Aufgabe zufallen, so bald die Hoheit des Sultans von Sansibar über den Küstenstrich und die Insel Mafia auf das Deutsche Reich übergegangen sein wird, das Gebiet unbehindert von fremdem Einfluß zu kolonisiren. Die Regierung, welche wirthschaftliche Unternehmungen in's Leben zu rufen und zu leiten nicht als eine ihr obliegende Aufgabe betrachten darf, legt Werth darauf, daß die ostafrikanische Gesellschaft, welche mit ihren Einrichtungen zur Betreibung von Handel und Landwirthschaft an der Küste bereits begonnen hat, diese nicht nur erhält, sondern auch nach Möglichkeit weiter ausbreitet. Die Regierung wird die Gesellschaft in dieser Beziehung nach Kräften unterstützen. — Mehrere große Hamburger Häuser beabsichtigen unter Zuhilfenahme englischen und holländischen Kapitals Südwestafrika zu erschließen, nachdem dort eine gewisse Friedenssicherheit Platz gegriffen.

Berlin. Das Tageblatt hatte angedeutet, daß die Erschütterung der Stellung des Kriegsministers durch General Vogel v. Falckenstein ausgegangen sei und hinzugefügt, „wäre dem so, dann hätte man die eigentlichen Urheber nicht allzufern vom Kreuzzeitungslager zu suchen". Die „Krzztg." erwiedert darauf, wir kennen den Urheber sehr wohl, aber derselbe ist weder in militärischen Kreisen, noch im Kreuzzeitungslager zu suchen. Im Gegentheil, er ist vielleicht wenigstens der im Geheimen z. B. thätigste Gegner der „Krzztg.". — Der Centralausschuß des deutschen Bundesschießens, an dessen Spitze Oberbürgermeister v. Forckenbeck steht, erläßt einen Aufruf zum Häuserschmuck anläßlich des Festzuges.

Frankfurt a. M. Dem Finanzminister Dr. Miquel wird das Ehrenbürgerrecht verliehen. Am Montag bringen die Vereine und Korporationen dem Scheidenden einen Fackelzug.

Wien. Die Nachricht, Erzherzog Karl Ludwig, werde den deutschen Kaiser nach Petersburg begleiten, wird dementirt. — Die Anwesenheit des Prinzen Ferdinand in Wien bezweckt nur eine ärztliche Konsultation.

Sofia. Prinz Ferdinand unterzeichnete das Todesurtheil gegen Major Panitza in Lompalanka.

Die **Berliner Börse** setzte heute in fester Haltung und zu vorwiegend höheren Coursen ein. Das Geschäft blieb aber im Allgemeinen ruhig. Die Liquidation ist beendet. Von Banken erfreuten sich namentlich Dresdner 1½ Prozent höheren Courses bei lebhafter Nachfrage. Eisenbahnen steigend und recht lebhaft. Bergwerke setzten höher ein, gingen aber später zurück. Fremde Renten waren vernachlässigt, nur Russen regt. Das Bekanntwerden vom Abschluß eines neuen Egypter-Konversionsgeschäftes trug wesentlich dazu bei, daß auch der fernere Verlauf der Tendenz fest blieb. Im Kassaverkehr herrschte vorwiegend feste Tendenz, deutsche Fonds schwächer. Privatdiskont 3½ Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: Vorwiegend heiter, Südwestwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Greditaktien 253,10. Staatsbahn 204,10. Lombarden 121,10. Galizier —,—. Egypter 97,50. Ungar. Gold. 80,80. Disconto Commandit 223,50. Dresdner Bk. 156,40. Laura 145,90. Italiener —,—. Still.

Paris. (Schluß.) Rente 91,75. Anleihe 106,40. Italiener 95,80. Staatsbahn 518,75. Lombarden 305,00. do. Prioritäten —. Spanier 76½. Egypter 488,25. Ottomanen 695,00. Goldpapier —,—. Unentschieden.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Juni 26,20, per Sept.-Decbr. 28,50, behauptet. Spiritus per Juni 36,00, per Sept.-Decbr. 37,50, ruhig. Rüböl per Juni 69,25, per September-December 74,50, behauptet.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per November 199. Roggen per October 124, per März 123.

Hotel „Fürst Bismarck".
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.